



PREISE RAUF? LÖHNE RAUF!

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
203 · Ausgabe Region Bern · Nov. 2022



Ohne Teuerungsausgleich sinken die Löhne real

«Ich weiss nicht mehr, wie ich die Rechnungen bezahlen soll», sagt mir eine Laderin bei der Abfallentsorgung der Stadt Bern. «Nächstes Jahr gibt es für uns keine Ferien», ein anderer Mitarbeiter. «Ich heize nur noch am Sonntag, wenn wir zu Hause sind.» «Ich arbeite 100 % als Strassenreiniger und gehe am Abend noch putzen.» «Ich würde ja gerne mehr arbeiten, damit wir über die Runden kommen. Ich habe aber jetzt schon drei Teilzeitjobs.»



Michel Berger, Regionalsekretär VPOD Region Bern Städte, Gemeinden, Energie

So klingt es zurzeit, wenn ich Mitarbeitende der Stadt Bern treffe. Es sind eben nicht alle gutverdienende Chefbeamt:innen. Aber es sind nicht nur die untersten Einkommen, die unter der Teuerung leiden. Auch die lohnabhängigen Mittelschichten werden spüren, dass richtig Geld fehlt. Teuerung ist eine grosse Geldvernichtungsmaschine.

Unternehmen lagern die teuerungsbedingten Mehrkosten für Produkte und Dienstleistungen direkt auf die Preise um. Das spüren wir alle in unserem Portemonnaie. Die Gewinnmargen werden jedoch kaum gekürzt. Wenn Unternehmungen und die öffentliche Hand die Teuerung nicht ausgleichen, machen sie das auf Kosten ihrer Mitarbeitenden. Die Preise oder die Steuern sinken nämlich nicht.

Alternative Fakten und bürgerliches Referendum

Die Stadt Bern kennt heute den automatischen Teuerungsausgleich. Dies, weil sie sich bisher als soziale Arbeitgeberin verstanden hat. Der automatische Teuerungsausgleich wird also nicht neu eingeführt, wie die Bürgerlichen nun behaupten. Alternative Fakten wird das heute wohl genannt. Der Gemeinderat der Stadt Bern wollte mit dem Einfügen des unscheinbaren Wörtchens «grundsätzlich» diesen automatischen Teuerungsausgleich aber aufweichen. Die Mehrheit des Stadtparlaments war dagegen und hat sich bewusst gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gestellt. Dagegen wird im Moment für ein Referendum gesammelt: Es geht dabei um die bürgerliche Ideologie, den Teuerungsausgleich als Lohnerhöhung. Der private Konsum ist in der Schweiz nach wie vor die wichtigste Stütze der Konjunktur. Die Schweiz ist in den letzten 100 Jahren immer gut gefahren. Denn unser Land hat bisher mit einer starken Binnenwirtschaft gepunktet. Aber Ideologie ist blind gegenüber sachlichen Argumenten.

Sozialen Frieden erhalten

Die Teuerung beläuft sich gemäss Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) im Zeitraum September 2021/September 2022 auf 3,3 %. Bei einem Monatslohn von 4000 Franken fehlen damit 132 Franken oder aufs Jahr gerechnet 1716 Franken, und beim Medianlohn von 6042 Franken fehlen knapp 200 Franken pro Monat oder 2600 Franken im Jahr. Das ist ein Betrag, den man nicht einfach wegstecken kann. Teuerung kumuliert sich und nach ein paar Jahren fehlen 5 % oder 10 % des Lohnes. Nur mit dem Ausgleich der Teuerung lässt sich der soziale Frieden erhalten und ein massives Erstarken der extremen politischen Rechten verhindern.

«Auch die lohnabhängigen Mittelschichten werden spüren, dass richtig Geld fehlt. Teuerung ist eine grosse Geldvernichtungsmaschine.»

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 27. NOVEMBER 2022

Alle Jahre wieder – Budgetdebatte im Berner Stadtrat

Am 1. und 15. September 2022 wurde das Produktgruppenbudget (PGB) 2023 der Stadt Bern im Stadtrat verhandelt und angenommen. Die SP/JUSO-Fraktion hat dabei Verantwortung übernommen und sich gegen pauschale Aufstockungen und Kürzungen gestellt.



Katharina Altas, Präsidentin SP/JUSO-Fraktion

Alle Jahre wieder wird während der Budgetdebatte hitzig diskutiert. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums wird noch mehr staatlicher Abbau verlangt, auf der ganz linken Seite mehr Ausbau. Zwischen diesen Polen hat sich die SP/JUSO-Fraktion positioniert. «Wir sind gewählt worden, um als Legislative Politik mitzugestalten. Einerseits hat die Stadt Bern enorm hohen Investitionsbedarf, wofür es Überschüsse braucht; and-

rerseits können wir die Stadtverwaltung und unsere Angebote nicht kaputtsparen», so meine Worte während der Budgetdebatte.

Dringend notwendige Investitionen

Das Budget 2023 weist bei unveränderter Steueranlage von 1,54 einen Aufwand von 1,34 Mrd. Franken und einen Ertrag von 1,3 Mrd. Franken aus. Damit resultiert im Allgemeinen Haushalt ein Defizit von 35,8 Mio. Franken. Im PGB 2023 sind Entlastungsmassnahmen von 42,2 Mio. Franken umgesetzt. Für die nächsten drei Jahre sind Defizite prognostiziert, erst im Jahr 2026 wird mit einem Überschuss gerechnet. Prognosen, die angesichts des Kriegs in der Ukraine, angesichts von Lieferengpässen, steigender Energiekosten und Teuerung mit Unsicherheiten behaftet sind. Um zukunftsfähig zu bleiben,

braucht es in den nächsten sieben Jahren allein für die Schulinfrastrukturen 638 Mio. Franken. Um den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt nicht zu stark einzuschränken, müssen jährliche Überschüsse von 20 Mio. Franken erzielt und die Neuverschuldung auf 30 Mio. Franken pro Jahr beschränkt werden. Diese Zielsetzung wird zurzeit deutlich verfehlt. Vor diesem Hintergrund ist die von Sparwille geprägte Finanzpolitik der Stadt Bern zu verstehen.

ABSTIMMUNG

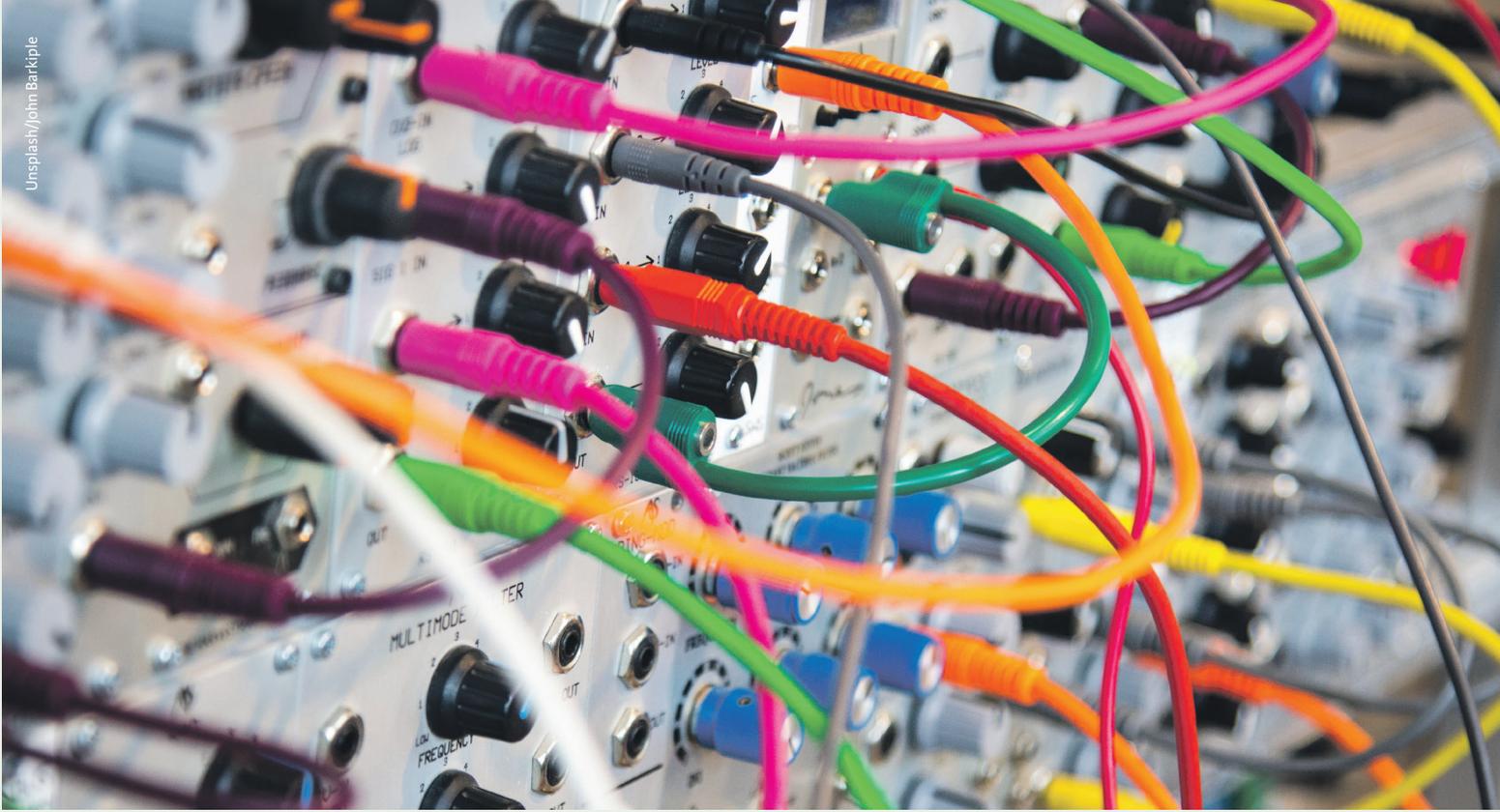
Am 27. November kommen mit dem Budget 2023 der Stadt Bern und der Velostation Welle 7 gleich zwei gewichtige Geschäfte zur Abstimmung. Zu beiden Vorlagen, denen der Stadtrat mit deutlichem Mehr zugestimmt hat, haben die Delegierten der SP Stadt Bern die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Velostation Welle 7 und den dringend benötigten Abstellplätzen

Mit der Velostation Welle 7 und dem damit verbundenen Pilotversuch für Gratisparkierung soll dem grossen Mangel an Veloabstellplätzen in der Stadt Bern begegnet werden. Wenig erstaunlich also, dass der Stadtrat den Nutzen dieses zentralen Veloinfrastrukturprojekts erkannt und dem Kredit in der Höhe von 2,43 Mio. Franken sehr deutlich zugestimmt hat (vgl. «RegioLinks» Nr. 202, Oktober 2022).

Aufgrund des von der SVP lancierten und zustande gekommenen Referendums wird das Geschäft am 27. November der Stimmbevölkerung vorgelegt. Ein breit abgestütztes, partei- und organisationsübergreifendes Komitee (SP, GB, GFL, GLP, Pro Velo Bern, VCS Bern, Läubigi Stadt) engagiert sich unter dem Lead der SP für die Annahme des wichtigen Projekts.

Eva Schmid, Parteisekretärin SP Stadt und Region Bern



DROHENDE STROMMANGELAGE

Nach der Krise ist vor der Krise

Die Coronakrise ist noch gar nicht richtig vorbei, und schon folgt die nächste Krise. Die Angst vor dem Blackout ist so gross wie noch nie. Und die Strompreise an den Strombörsen sind ins Unermessliche gestiegen. Noch spüren wir wenig davon, spätestens aber ab 1. Januar 2023 betrifft es alle, direkt oder indirekt.



Benno Frauchiger,
Alt-Stadtrat, SP Bern-Ost,
Leiter Beratung und
Regulierung bei Youtility AG

Für Haushalte und kleine Unternehmen, welche ihren Strom über die Grundversorgung vom lokalen Netzbetreiber beziehen, werden die Strompreise für 2023 schweizweit um durchschnittlich 27 Prozent steigen. Dies ist zwar heftig und wird zu Härtefällen führen, die wir im Auge behalten müssen. Letztlich dürfte und muss dieser Anstieg aber für die meisten verdaubar sein. Denn eigentlich waren die Strompreise in den letzten zehn Jahren in der Schweiz unanständig tief, so dass die Stromverschwendung gefördert und der Ausbau der erneuerbaren Energien behindert wurden. Eine Korrektur war dringend nötig.

Strompreislatterie

Unschön ist, wie plötzlich die Korrektur gekommen ist, und stossend sind die extre-

men Unterschiede zwischen den einzelnen Netzbetreibern. Es ist eine Strompreislatterie geworden. Während beispielsweise die BKW die Tarife kaum angepasst hat, müssen sie in Aarberg verdreifacht werden. Wie stark ein Haushalt von höheren Strompreisen betroffen ist, hängt einzig davon ab, ob der lokale Verteilnetzbetreiber viel Eigenproduktion hat oder über alte, langfristige Lieferverträge auch nächstes Jahr noch günstig Strom beziehen kann – oder eben nicht. Es braucht einen Ausgleich der Energietarife zwischen den Netzbetreibern. Es darf nicht sein, dass Energieversorger mit grosser eigener Stromproduktion ihre Marktmacht gegenüber kommunalen Netzbetreibern ohne Eigenproduktion schamlos ausnutzen und damit möglicherweise die dezentrale, lokal verankerte Struktur der Schweizer Netzinfrastruktur gefährden.

Preisschock und fehlende Lieferverträge

Noch schwieriger ist die Situation für manche Unternehmen, die mehr als 100 000 kWh pro Jahr verbrauchen und ihren Strom auf dem freien Markt beschaffen. Diese konnten in

den vergangenen Jahren zwar von günstigeren Preisen profitieren. Für viele solcher Unternehmen ist der Strompreis aber nicht um 27 Prozent gestiegen, sondern um über 1000 Prozent, oder aber sie haben noch gar keine Lieferverträge für 2023 bekommen. Der Preisschock hat hier ein Ausmass erreicht, das nicht mehr einfach über Effizienz- oder Suffizienzmassnahmen kompensiert werden kann. Für Gastronomiebetriebe wie Hotels oder Restaurants mit ohnehin tiefen Margen bedeutet dies das Ende. Auf dem Spiel stehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern unter Umständen auch lokale Dienstleistungen wie jene von Regionalspitälern oder Dorfbäckereien. Ohne Abfederungsmassnahmen wie Strompreisdeckel sind die sozialen und volkswirtschaftlichen Folgen der Strompreiskrise nicht absehbar. Dies umso mehr, als nicht klar ist, welche Unternehmen betroffen sind.

Profiteure der Krise sind in erster Linie Produzenten. Dazu gehören neben den grossen Stromkonzernen auch Besitzer von Photovoltaik-Anlagen, die deutlich höhere Rückerstattungen erhalten. Bleibt also zu hoffen, dass die positiven Auswirkungen der Energiekrise auf die Energiewende und den Klimaschutz nachhaltiger sein werden als diejenigen der Coronakrise.

RICHTUNGSWEISENDE WAHL IN KÖNIZ

Köniz wird sozial, umweltbewusst und innovativ!



Tanja Bauer kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses in Köniz.

Mit 8234 Stimmen (56,4 %) wurde Tanja Bauer am 25. September 2022 zur Gemeindepäsidentin von Köniz gewählt. Die SP-Grossrätin konnte sich gegen den bisherigen Gemeinderat Christian Burren (SVP) durchsetzen. Dieser Erfolg über die bürgerliche Mehrheit in der Gemeinde, ein Jahr vor den nationalen Wahlen, ist richtungsweisend für die SP und Folge eines unglaublich engagierten Wahlkampfes, der durch zahlreiche Helfer:innen in der SP Köniz mitgetragen wurde. In vielen Interviews und Medienauftritten – dank «Pussy Riot» mit nationaler Resonanz – wie auch in unzähligen Gesprächen mit Wähler:innen bewies Tanja, dass sie die Kompetenz und den notwendigen frischen Wind mitbringt, um Köniz wieder in ein positives Licht zu rücken. Wir gratulieren Tanja herzlich zur Wahl und freuen uns, dass die SP diesen Schwung ins Wahljahr mitnehmen kann!

Henrik Zimmermann

WECHSEL AN DER SPITZE DER JUSO STADT BERN

Dynamisches Duo tritt zurück



Seit März 2021 führen Lana Rosatti und Paula Zysset die Jusos Stadt Bern. Nun tritt das dynamische Duo, das sich dem Kampf für Gerechtigkeit und gegen das Patriarchat verschrieben hat, zurück. Die Wahl des neuen Präsidiums erfolgt an der ausserordentlichen Jahresversammlung vom 7. November. Für die Nachfolge stellt sich mit Vorstandsmitglied Jakob Walczak eine ebenso engagierte Persönlichkeit zur Verfügung.

Redaktion



Mitglieder des Berner Initiativkomitees legen bei der Lancierung selber Hand beim Entsiegeln und Begrünen an.

Stadtklima-Initiativen eingereicht

Der Klimawandel stellt uns vor grosse Herausforderungen. In den Städten und Agglomerationen kommt es immer öfter zu Hitzeinseln. Hitzetage und Tropennächte sind eine Gefahr und können sogar zum vorzeitigen Tod führen. Angesichts der drastischen Situation wurden in mehreren Schweizer Städten und Gemeinden klimapolitische Initiativen lanciert. Die SP ist stets als treibende Kraft mit dabei.

Am 29. August wurde in Bern die inzwischen für gültig erklärte Stadtklima-Initiative eingereicht. In Rekordzeit wurden 6000 Unterschriften (erforderlich: 5000) für eine zukunftsfähige, lebenswerte Stadt gesammelt. Die Initiative fordert einen besseren Umgang mit Wetterextremen, insbesondere durch mehr Entsiegelung und Begrünung. Vieles wird in der Stadt Bern bereits vorbildlich umgesetzt, doch wie in allen Schweizer Städten hinkt die Stadtplanung den Hitzewellen zwangsläufig hinterher.

Mit gutem Beispiel vorangehen

Stadtklima-Initiativen können nicht nur in Städten lanciert werden, sondern in allen Gemeinden. In Ostermundigen wird mit dem gutem Beispiel vorangegangen. Auch hier ist die SP an vorderster Front engagiert. Am 8. September wurden mit je 550 Unterschriften (erforderlich: 400) sogar zwei Stadtklima-Initiativen eingereicht.

Angelo Zaccaria



Einreichung in Ostermundigen – mit Exponent:innen der SP Ostermundigen: Kathrin Balmer (links), Priska Zeyer (Zweite von links) und Marcel Falk (Mitte).

Wann, wenn nicht jetzt? – Lancieren wir jetzt weitere Klima-Initiativen! Schaffen wir klimaangepasste öffentliche Räume in unseren Gemeinden, grüne Oasen mit hoher Lebensqualität für alle statt für wenige!
Weitere Informationen und Unterstützung:
www.umverkehr.ch/projekte/stadtklima-initiativen



BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spstadtbern / @spregionbern



@SP_Stadt_Bern



@spstadtbern